

auch bei ihrem Einsatz sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen haben, diese Bekräftigung der Grundlagenpositionen in ihrem Bereich konkret umsetzen. Man wird jedenfalls davon ausgehen müssen, daß nach Ansicht der Bischöfe nach der Aufbauphase, in der eher pragmatisch verfahren wurde, jetzt strenger auf das spezifische Profil der einzelnen pastoralen Dienste geachtet werden soll, nicht zuletzt auf das der Pastoralreferenten, bei denen von Ausbildung und Aufgaben her die Abgrenzung zum Priester in der Praxis am ehesten Schwierigkeiten bereitet. Die Bischöfe sind offenbar entschlos-

sen, an ihrem im Zusammenhang mit der Neuordnung der pastoralen Dienste immer wieder formulierten Grundsatz „Priester sind nur durch Priester zu ersetzen“ auch weiterhin festhalten und diesem Axiom letztlich alles andere unterzuordnen. Es fragt sich nur, wie lange und um welchen Preis mit der Strategie, die in diesem Satz zusammengefaßt ist, die Seelsorge aufrechterhalten werden kann, ohne viele Priester heillos zu überfordern. Mit dem Bild von der „Durststrecke“ des Priestermangels, die irgendwann einmal überwunden sein werde, kann man sich nicht auf alle Zeiten behelfen.

U. R.

Glaubensdebatten muß man sich des *Fehlens einer akzeptierten Lebrautorität* bewußt bleiben und jener sehr englischen Art, extreme weltanschauliche Positionen abzulehnen, Kompromisse vorzuziehen und den gesunden Menschenverstand gerne zum Schiedsrichter religiöser Wahrheiten zu erheben. Wunder werden generell als einer fernen Vergangenheit angehörend angesehen, das Evangelium nicht als detaillierter Bericht über historische Begebenheiten, sondern eher als Ausdruck einer allgemeinen religiösen Wahrheit über Jesus Christus. In dieser Perspektive ist Bischof Jenkins kein extremer „Neuerer“. Er könne fast wie der „Verkünder einer mehr oder weniger erkennbaren christlichen Wahrheit“ gefeiert werden, schrieb der sich traditionell und anglikanisch bekennende „Daily Telegraph“ ironisch und zog den Vergleich mit anderen, noch weit extremistischeren anglikanischen Geistern, wie dem Cambridger Theologen *Don Cupitt*. Dieser läßt den Namen Gottes überhaupt nur mehr als „ein moralisches mythologisiertes und personifiziertes Ideal“ zu.

Der Erzbischof von Canterbury ist in der Generalsynode nicht mehr als ein „primus inter pares“, der weder Autorität noch Sinn dafür hat, Mitbrüder zu strafen oder gar zu züchtigen. Nichtsdestoweniger fand er es in der mit großer Intensität geführten Debatte der Generalsynode (Bischof Jenkins selber ergriff dabei nicht das Wort) angebracht, die *Rolle des Bischofs als Hüter der christlichen Überlieferung* gegenüber seiner Diözese und in Gemeinschaft mit den übrigen Bischöfen zu betonen. Es brauche aber nicht nur Hirten, die den Wolf von der Herde abhielten, sondern auch solche, die diese auf neue und fruchtbare Weiden führten. Ein Bischof sei genauso wenig wie jeder andere Christ, Laie oder Kleriker, von der Notwendigkeit befreit, die Glaubenswahrheiten ständig zu prüfen. Er müsse seine Worte und Handlungen aber besonders abwägen und sich ihrer Auswirkungen auf Außenstehende wie auf die eigenen Gläubigen bewußt sein.

Die Kritiker von Bischof Jenkins hatten sich einen stärkeren Donnerschlag

Glaubenskrise in der anglikanischen Kirche

Die Church of England, deren Bischöfe in letzter Zeit in stark weltlichem Gewand und als Kritiker der es ihrer Meinung nach an sozialem Mitleid fehlen lassenden Premierministerin *Margaret Thatcher* aufgetreten sind (zuletzt Erzbischof Runcie mit seiner vehementen Klage über die soziale Verelendung englischer Industriestädte), hat bei der jüngsten Tagung ihrer Generalsynode (12. bis 15. Februar 1985) eine „Glaubenseinkehr“ abgehalten, wie sie seit Jahrzehnten nicht mehr stattgefunden hat. Der unmittelbare Anlaß dazu waren die umstrittenen Aussagen über die Auferstehung und die Jungfrauengeburt, mit denen der neuernannte Bischof von Durham, *David Jenkins*, im Mai letzten Jahres Aufsehen erregt hatte. Daß zwei Tage nach seiner in der Kathedrale von York abgehaltenen Inthronisierung im Sommer 1984 ein Blitz in das Gebälk des ehrwürdigen Doms einschlug, war von vielen Gläubigen geradezu als göttliche Strafe für die bischöflichen Häresien angesehen worden.

Was der ehemalige Theologieprofessor Jenkins über Jungfrauengeburt und Auferstehung sagte, stimmt im Grunde mit den Ansichten vieler zeitgenössischer protestantischer Theolo-

gen überein: Für den Bischof von Durham ist die Empfängnis Jesu Christi ein natürlicher, einen menschlichen Vater voraussetzender Vorgang, und die Auferstehung betrachtet er nur in dem Sinn als ein „Wunder“, als sie die Jünger befähigte, daran zu glauben, daß Jesus von den Toten auferstanden war. Der physische Leib des Herrn verblieb seiner Ansicht nach im Grab. Jenkins hat dabei allerdings seinen Glauben an die Inkarnation und die Auferstehung ausdrücklich bekräftigt.

Intensive Debatte mit offenem Ausgang

Seinen Kritikern war das nicht genug. Sie warfen ihm vor, die Auferstehung abweichend von der verbindlichen Lehre der Kirche nicht mehr als historisches Ereignis anzuerkennen. Ebenso habe er durch seine Leugnung der Jungfrauengeburt die Gottheit Jesu in Zweifel gezogen. Die anglikanische Glaubenslehre, wie sie in den 39 Glaubensartikeln von 1571 niedergelegt ist, hilft in dem Streit nicht viel weiter, weil diese in bezug auf Jungfrauengeburt und Auferstehung einen breiten Interpretationsspielraum lassen.

Bei jeder Beurteilung anglikanischer

erhofft. Einer von ihnen gratulierte dem Primas sarkastisch zu seiner Leistung, „so hartnäckig in nichtssagender Glaubensneutralität zu verharren“. Ein (geistlicher) Synodale hingegen bezeichnete den Bischof von Durham als „ein Krebsgeschwür“ und sprach von einer schweren Vertrauenskrise in der Kirche. Die Bischöfe hätten eine klare Verpflichtung, ihren Glauben an Christus und seine Auferstehung zu bekräftigen. Die Auferstehung sei keine Formel, mit der die Bischöfe herumspielen und die sie nach eigenem Belieben neu definieren könnten. Wenn die Church of England die Ansichten von Bischof Jenkins „taufte“, müsse sie den Preis wachsender Uneinigkeit zahlen. Das Kirchenvolk würde nicht nur mit den Füßen abstimmen, sondern auch mit den Geldbörsen, mit denen es – es gibt keine Kirchensteuer – zum Unterhalt der Kirche beitrage.

Eine deutlichere anglikanische Einstellung bekundete der Bischof von Winchester, *John Taylor*, indem er sich für die Beibehaltung des traditionellen anglikanischen Mittelwegs, der „Via Media“, aussprach und die Unterdrückung kirchlicher Dissidenten ablehnte, wenngleich er die heute wachsende Zahl der „fundamentalistischen Simplifikateure“, wie er sie nannte, beklagte. Bezeichnend für den Stil, in dem in der Church of England solche Auseinandersetzungen ausgetragen werden, war, daß es in der Debatte keine Anklagebank gab, auf der in der vatikanischen Perspektive etwa ein Schillebeeckx oder Boff sitzen müßten.

Die Generalsynode: eine problematische Institution

Die Generalsynode der Church of England ist 15 Jahre alt, „15 Jahre zu alt“, wie ein prominenter Vertreter der konservativen Richtung sagte, der mit einigen Gelächter auslösenden, aber sehr ernst gemeinten „Anfragen“ aufwartete, wie etwa ob es stimme, daß ein Viertel der anglikanischen Geistlichen homosexuell sei, wie viele Fälle von „Aids“ der Kirche bekannt geworden wären, seitdem ein anglikanischer Gefängnisgefangener Opfer dieser Krankheit wurde, und wann die Syn-

ode sich endlich abzuschaffen gelte. Bei diesen Fragen ging es wohl weniger um eine Antwort als darum, der „stillen Mehrheit“ Ausdruck zu geben. Das „Parlament“ der Church of England setzt sich aus drei Kammern zusammen: der bischöflichen und den je 250 Mitglieder umfassenden Kleriker- und Laienkammern. 1919 war ein Vorläufer, die sogenannte „Convocation“, gegründet worden, die zuerst den Klerus und später das Laienhaus der „Church Assembly“ umfaßte. Beide Häuser vereinten sich 1970 zur Synode.

Paradoxerweise hat erst der neuere Wunsch, die in Großbritannien besonders engen staatskirchlichen Bindungen, die alte Tyrannei der Krone oder des Staates über die Kirche abzuschütteln, zur Einführung des zentralisierten Synodalsystems geführt, das nach Meinung vieler Anglikaner allerdings nicht weniger tyrannisch verfährt als das alte und dem viele gewöhnliche Gläubigen distanziert gegenüberstehen. Seitdem das Parlament der anglikanischen Kirche aber *weitgehende Glaubensautonomie* zugestanden hat, ist es um den Kampf um die „Entstaatlichung“ still geworden.

Dieser Kampf schien noch 1927 wesentlich für das Fortbestehen der Kirche, als ein in der Mehrheit aus Ungläubigen und Nicht-Anglikanern bestehendes Unterhaus von der Kirche angestrebte Reformen, wie die des „Book of Common Prayer“, ablehnen und sie ihre totale Abhängigkeit vom Staat spüren lassen konnte. Seither ist die Verbindung mit dem Staat für die Kirche geradezu *vorteilhaft* geworden. Sie regiert sich in den wesentlichen Fragen selbst, genießt nach wie vor eine Vorrangstellung in der britischen Gesellschaft den anderen christlichen Konfessionen gegenüber, die sie auf Grund ihrer Gläubigenzahl und in Anbetracht der generellen modernen Entchristlichung nicht verdient.

Heute ist es eher das kirchliche Synodalsystem, dessen willkürlich-bürokratische Maßnahmen den Graben zwischen den „aktivistischen“ Basisgruppen und den einfachen Gläubigen der Church of England vertieft haben. So hat das neue, von der Kirche selbst

geschaffene „Alternative Service Book“ entfremdend gewirkt, weil es ein typisches, in Komiteesprache abgefaßtes Produkt ist, das die gewohnte, literarisch schöne, aber als altmodisch abgelehnte liturgische Sprache des „Book of Common Prayer“ aufgibt.

Grenzen anglikanischer Toleranz?

All das hat viel mit dem *Selbstverständnis der Church of England* zu tun, die sich zur „einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche“ bekennt, ihr Hauptmerkmal aber in ihrer sogenannten „*comprehensiveness*“ sieht. Das bedeutet, daß eine breite Verschiedenheit theologischer Richtungen in ihr Platz hat, vom kalvinistisch-protestantischen Lager über die „weiche“ anglikanische Mitte bis zum katholisierenden Gegenpol, der manchmal sogar in im Kirchenraum aufgehängten Bildern von Papst Johannes Paul II. Ausdruck findet. Was jedoch gar nicht in die anglikanische Tradition paßt, sind „Hexenjagden“, Fragen nach dem verbindlichen Glaubensinhalt. Neuerdings konnte geradezu gesagt werden, daß ein Anglikaner „alles oder nichts“ glauben könne. Die vom Bischof von Durham aufgeworfenen Fragen rühren an diesem Prinzip der „*comprehensiveness*“. Der Erzbischof von Canterbury will jetzt eine Glaubenskommission einsetzen, die Leitlinien für die Lehrverkündigung der Bischöfe ausarbeiten soll.

Auf diesem Hintergrund haben sich die Fronten verlagert. Die konservativen Lager des katholischen und des protestantischen Flügels sind einander nähergekommen: Beide sehen sich heute von einem gemeinsamen „liberalen“, „modernistischen“ Gegner konfrontiert. Es ist nicht ohne historische Ironie, daß der evangelistisch-konservative Anglikanismus, der einst John Henry Newman seine grundsätzlichen Fragen über kirchliche Autorität stellen und in der katholischen Kirche Zuflucht suchen ließ, heute mit den Anglo-Katholiken gemeinsam seine Bischöfe um dogmatische Glaubensdefinition bestürmt.

Wie *gespalten* die geistigen Lager in der anglikanischen Kirche sind, ließ

auch die Synodendebatte über die Streitfrage der medizinischen Experimente an menschlichen Embryos erkennen. Die Synode bezog damit Stellung zu dem umstrittenen „Warnock-Report“, der der britischen Regierung unter starkem Meinungsprotest empfohlen hatte, Experimente an bis zu 14 Tage alten Embryos gesetzlich zu gestatten. Von dem früheren rechtskonservativen Abgeordneten *Enoch Powell*, unter anderem von dem Primas der britischen Katholiken, Kardinal *Basil Hume*, unterstützt, wird jetzt gegen Warnock Sturm gelaufen und versucht, mit einem neuen Gesetz alle wissenschaftlichen Experimente an menschlichen Embryos generell zu verbieten. Die anglikanischen Bischöfe mit ihrem heute liberalen Übergewicht stimmten jedoch 14 zu 8 für „begrenzte Experimente im Interesse der Behebung von Unfruchtbarkeit“, die eher konservativen Repräsentanten des Klerus stimmten 76 zu 47 dagegen, die Laienvertreter unentschieden 67 zu 67. Unter den Befürwortern waren Runcie und *John Habgood*, als Erzbischof von York zweiter Bischof in der anglikanischen Rangordnung.

Strittige Fragen wurden aufgeschoben

Die Synode, die bei ihrer Tagung unter anderem auch mit großer Mehrheit ihre *Zustimmung zum Schlußbericht der anglikanisch-katholischen Kommission* erklärte, hat auf Empfehlung der Bischöfe das seit langem umstrittene Problem der *kirchlichen Wiederverarbeitung Geschiedener* der Entscheidung des jeweiligen Pfarrers, jedoch unter Konsultation seines Bischofs, überlassen und damit auf eine einheitliche Regelung verzichtet. Es wurde auch eine umfassende *Untersuchung der Freimaurerei* beschlossen, die klären soll, ob deren Überzeugungen und Rituale mit dem christlichen Glauben vereinbar seien. Die Freimaurerbewegung in Großbritannien hat sich traditionell von der kontinentaleuropäischen darin unterschieden, daß sie nicht anti-klerikal und anti-christlich orientiert ist, und daher starke Verbreitung bis in die königliche Familie, die Church of England selbst, die Polizei, das Justiz- und Erziehungswesen gefunden hat.

Mit knapper Mehrheit lehnte das an-

glikanische „Parlament“ einen Versuch ab, in der *umstrittenen Frage der Bischofsernennungen* eine erneute Konfrontation mit den gewählten Volksvertretern in Westminster zu riskieren. In einer typisch englischen Kompromißlösung sind der Staatskirche die ihr einst von Heinrich VIII. geraubten Rechte der eigenen Bischofswahl praktisch zurückerstattet worden. Bischöfe werden von der Königin ernannt, aus Kandidaten ausgewählt, die ein anglikanischer Parlamentsausschuß vorschlägt. Ihre kirchliche „Wahl“ findet erst danach statt. Ironischerweise war der Name des umstrittenen Bischofs von Durham, der als feuriger Thatcher-Gegner aufgetreten ist, von der Premierministerin selbst der Königin zur Bestätigung vorgelegt worden. Die Synodendebatte ließ jedoch einen neuen Trend erkennen, mit den der Church of England verbleibenden staatlichen Bindungen aufzuräumen, dem sich heute das breite Kirchenvolk entgegenstemmt. Es möchte an der staatlichen Vormachtstellung festhalten, nicht zuletzt als Schutz vor den kirchlichen „Aktivisten“.

R. H.

Das „Paramilitärische“ im Wettbewerb der Systeme

Zur Rolle der Geheimdienste im Ostblock

Die sowjetische Bedrohung des Westens wird gewöhnlich als eine militärische gesehen; eine andere, gewissermaßen paramilitärische Dimension des Wettbewerbs der Systeme wird kaum analysiert: die Rolle der Geheimdienste.

Die seit Ende 1982 diskutierte brisante Frage einer „bulgarischen Verbindung“ bei dem „Jahrhundertverbrechen“ (*Amintore Fanfani*), dem Anschlag auf den Papst vom 13. Mai 1981, sowie der Ermordung des polnischen Geistlichen *Jerzy Popieluszko* am 19. Oktober 1984, die Polen erneut mit einer Krise drohte, haben inzwischen das Augenmerk der Öffentlichkeit auf diese scheinbar unsichtbare Dimension der östlichen Politik gelenkt.

Immer wieder ist betont worden, es sei einfach nicht möglich, aufgrund offener Quellen diese Problematik zu behandeln. Doch ein Riesenapparat, wie der sowjetische KGB – der zusammen mit seinen östlichen Filialen zwi-

schen einer halben und zwei Millionen Mitarbeitern beschäftigen soll (vgl. Spiegel, 3. 1. 82) – kann gar nicht in totaler Dunkelheit operieren. Eine kritische Systematisierung der vorhandenen Informationen erlaubt zumindest eine Sensibilisierung der Aufmerksamkeit; natürlich können dabei viele Deutungen einstweilen nur *provisorisch* sein.

Die Sowjetisierung Osteuropas und die Rolle der politischen Polizei

Die politische Polizei, die „Tscheka“, war eine der ersten staatlichen Institutionen, die aus der Oktoberrevolution hervorging. Seither hat sie jede Machtausdehnung des sowjetkommunistischen Einparteieregimes begleitet.

Die Sowjetisierung der im Zweiten Weltkrieg von der UdSSR neu hinzugewonnenen Gebiete wurde eingeleitet durch „Smersch“ („Tod den Spionen“, der Name der mili-